



Antragsbuch

Ordentlicher Bezirkskongress am 8. August 2015 in Kaarst

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Chancen ermöglichen -**

2 **Sozialer Aufstieg durch die beste Bildung der Welt**

3 Das Streben nach sozialem Aufstieg ist eins der Kernthemen liberaler Politik. Uns Jungen
4 Liberalen liegt es sehr am Herzen, dass jeder Mensch seine Lebenssituation durch seine
5 eigene Leistung verbessern kann. Die Grundlagen dafür werden vor allem in der Kindheit
6 gelegt. Es muss unser Ziel sein, durch ein besonders gutes Bildungssystem jedem die
7 Chance zu geben, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen.

8 **Frühkindliche Bildung**

9 Bildung findet nicht nur auf der Schulbank statt. Schon in den ersten Lebensjahren werden
10 wichtige Grundlagen für die weitere Entwicklung von Kindern gelegt. Von besonderer
11 Bedeutung sind hier Sprachkenntnisse und soziale Kompetenzen.

12 Wir fordern daher eine Betreuung für neue Eltern schon ab der Geburt. Diese soll einen
13 begleitenden, beratenden Charakter haben und sich am Dormagener Modell orientieren.

14 Um eine Vernachlässigung von Kindern frühzeitig erkennen zu können, wollen wir
15 verpflichtende U-Untersuchungen einführen. Ähnlich wie der Zahnarzt in der Schule sollen
16 diese Untersuchungen in Kitas angeboten werden. Der immer stärker steigenden
17 Impfmüdigkeit in Deutschland wollen wir mit verpflichtenden Impfungen von Kindern gegen
18 die wichtigsten Krankheiten begegnen.

19 Wir wollen die Angebote in der Tagesbetreuung von Kindern weiter ausbauen. Dazu fordern
20 wir eine weitere Steigerung der Kita-Plätze, insbesondere auch im U3-Bereich, und zudem
21 eine Ausweitung der Öffnungszeiten. Die zunehmende Betreuung durch Tagesmütter sehen
22 wir unter Qualitätsaspekten kritisch. Wir möchten Eltern weiterhin die freie Wahl lassen und

23 auch Tagesmütter weiter fördern. Solche Plätze sollen künftig aber nicht mehr zur Erfüllung
24 des Betreuungsanspruchs zählen.

25 **Grundschule**

26 Im Bereich der Grundschule möchten wir vor allem den Ganzttag attraktiver gestalten.
27 Wichtig ist uns hier besonders, dass den Eltern ein maßgeschneidertes Angebot gemacht
28 werden kann. Es kann daher aus unserer Sicht keinen verpflichtenden Ganzttag geben.
29 Weiterhin soll eine flexiblere Nutzung der Ganztagsbetreuung möglich sein. Das bedeutet im
30 Einzelnen eine nur tageweise Buchung, um auch außerschulische Freizeitgestaltung etwa in
31 Vereinen zu ermöglichen, wie auch die spontane Nichtteilnahme an der Ganztagsbetreuung
32 an einzelnen Tagen.

33 Die Ganztagsbetreuung soll künftig vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.
34 Hierdurch soll eine qualitativ hochwertige Betreuung, insbesondere von Kindern mit sozial
35 schwacher Herkunft, sichergestellt werden. In Kombination mit einer besseren
36 Nachmittagsbetreuung sehen wir hier die Chance, auch ohne externe Nachhilfe
37 Bildungslücken zu schließen, die durch das Elternhaus nicht geschlossen werden können.

38 Die Grundschule ist die letzte Chance, Defizite im Sprachvermögen zu beseitigen. Bei
39 Bedarf sollen daher an Grundschulen intensive Sprachkurse angeboten werden. Auch in der
40 Qualität des Englischunterrichts sehen wir Verbesserungsbedarf.

41 Sehr kritisch sehen wir die aktuell niedrige Entlohnung von Schulleitern an Grundschulen.
42 Wir möchten die Attraktivität dieses Jobs durch eine deutlich verbesserte Entlohnung
43 steigern.

44 Die Empfehlung für die weiterführende Schule soll künftig bindenden Charakter haben. Sie
45 ist daher von zwei Lehrern gemeinsam zu erarbeiten. Ein Widerspruch gegen die
46 Entscheidung soll über den schulpsychologischen Dienst gegeben sein.

47 **Weiterführende Schule**

48 An den weiterführenden Schulen möchten wir am gegliederten Schulsystem festhalten.
49 Wenn dieses System mit mehr Durchlässigkeit in alle Richtungen versehen wird, halten wir
50 es gegenüber Einheitsschulsystemen für überlegen. Besonders wichtig ist uns die
51 Möglichkeit, zwischen völlig verschiedenen Konzepten zu wählen, sodass für jedes Kind eine
52 passende Schule mit individuellen Förderungsmöglichkeiten gefunden werden kann.

53 Als große Herausforderung der weiterführenden Schulen sehen wir die weitere
54 Digitalisierung. Hier müssen die Schulen schritthalten mit der Gesellschaft. Es ist daher
55 dringend notwendig, die Schulen mit einer modernen Ausstattung zu versehen.

56 Medienkompetenz muss als Querschnittsthema in die Lehrpläne der verschiedenen Fächer
57 aufgenommen werden. In der Lehramtsausbildung sollte daher Mediendidaktik unabhängig
58 von der konkreten Fächerwahl behandelt werden.

59 An weiterführenden Schulen müssen verpflichtend grundlegende Kenntnisse der Informatik
60 vermittelt werden. Dies könnte durch einen Schwerpunkt im Fach Mathematik oder ein
61 eigenständiges Nebenfach geschehen.

62 **Berufsausbildung und Studium**

63 Die Jungen Liberalen halten am System der dualen Berufsausbildung fest. In Deutschland
64 gibt es vor allem einen Mangel an qualifizierten Facharbeitern. Die Berufsausbildung
65 möchten wir daher noch attraktiver gestalten, z.B. durch einen stärkeren Fokus auf
66 berufsrelevante Fächer an der Berufsschule. Aus unserer Sicht ist es nicht zielführend, wenn
67 Berufsschüler auch nach ihrer Schulzeit weiterhin am Religions- oder Sportunterricht
68 teilnehmen müssen. Auch möchten wir die weitere Qualifizierung zum Meister oder
69 Techniker neben dem bestehenden BaFög durch Stipendien unterstützen, die die
70 anfallenden Ausbildungsgebühren decken.

71 Ein Studium verspricht heute die höchsten Chancen auf ein erfolgreiches Berufsleben.
72 Dieser Weg muss daher, unabhängig von der sozialen Herkunft, allen offen stehen. Wir
73 unterstützen daher private Initiativen wie Arbeiterkind.de, die jungen Menschen aus nicht-
74 Akademiker-Familien ein Vorbild stellen.

75 Wir begrüßen es, wenn junge Menschen nach einer Ausbildung noch ein Studium
76 aufnehmen. Auch hier soll daher künftig eine Förderung durch BaFög möglich sein.

77 Zur Finanzierung eines Studiums sollen BaFög-Leistungen künftig unabhängig von den
78 Eltern bewilligt werden. Eine Altersgrenze soll es für ein Erststudium nicht mehr geben.

79 Da ein Studium in der Regel zu einem höheren Einkommen führt halten wir es für
80 gerechtfertigt, diese Ausbildungskosten nicht komplett durch die Gesellschaft tragen zu
81 lassen. Die Jungen Liberalen fordern daher ein Modell der nachgelagerten Studiengebühren.

82 Private Hochschulen müssen unabhängig von der sozialen Herkunft erreichbar sein. Wir
83 fordern daher ein Stipendienprogramm für diese Hochschulen, nach dem Vorbild der
84 amerikanischen Vouchersysteme.

85

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Atommüllendlagerung dauerhaft sicherstellen**

2 Die Jungen Liberalen stehen zum Atomausstieg. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass
3 die Altlasten aus der Nutzung der Kernspaltung auch langfristig sicher gelagert werden.
4 Daher begrüßen wir den Vorstoß der Atomkraftwerkbetreiber zur Gründung einer Stiftung mit
5 der Aufgabe, die Endlagerung des Atommülls sicherzustellen.

6 Die zivile Nutzung der Kernspaltung zur Energiegewinnung war immer auch eine politische
7 Entscheidung, wir sehen daher auch die Bundesrepublik Deutschland in einer gewissen
8 Verantwortung, insbesondere in Bezug auf die Ewigkeitskosten.

9 Die Bundesrepublik verfügt mit den Energiewerken Nord bereits über ein bundeseigenes
10 Unternehmen, das den Rückbau der ostdeutschen Atomkraftwerke sowie staatlicher
11 Forschungseinrichtungen durchführt und ein eigenes Zwischenlager betreibt. Die Bündelung
12 des vorhandenen Knowhows sehen wir als Chance die Kosten zu senken und eine langfristig
13 sichere Lösung zu entwickeln.

14 Analog zum Vorgehen beim Ausstieg aus dem Steinkohleabbau fordern wir daher die
15 Industrie dazu auf, gemeinsam mit der Bundesrepublik eine Stiftung zu gründen, die aus
16 ihrem Stiftungsvermögen langfristig die Endlagerung des deutschen Atommülls finanziert.
17 Auch der Betrieb der Endlager könnte aus unserer Sicht durch die Stiftung erfolgen.

18 Den Rückbau der Atomkraftwerke durch ebendiese Stiftung vorzunehmen erachten wir
19 ebenso als sinnvoll, die Kosten sollten dann aber vom jeweiligen Atomkraftwerkbetreiber
20 direkt getragen werden.

21

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **9.11. statt 3.10. als nationaler Feier- und Gedenktag –**
2 **Für ein differenzierteres Nationalbewusstsein der**
3 **deutschen Bevölkerung**

4 Der Bezirksverband der Jungen Liberalen Düsseldorf fordert, dass der alljährliche Tag der
5 Deutschen Einheit am 3. Oktober auf den 9. November verschoben und zum nationalen
6 Feier- und Gedenktag umgestaltet wird.

7 Begründung:

8 Der 9. November ist im Gegensatz zum 3. Oktober, mit Blick auf die deutsche
9 Wiedervereinigung, der Tag an welchem der Fall der Berliner Mauer erfolgte und nicht bloß
10 die juristische Einigung vollzogen wurde. Des Weiteren wird der Tag in der neueren
11 Geschichtswissenschaft auch als deutscher „Schicksalstag“ bezeichnet, weil sich an ihm im
12 Jahre 1848 Robert Blums Erschießung, 1918 die Ausrufung der Weimarer Republik, 1923
13 die Niederschlagung des Hitler-Ludendorff-Putsches, 1938 die Reichspogromnacht und 1989
14 der Fall der innerdeutschen Grenze ereigneten.

15 Durch diese Vielzahl von in ihren Auswirkungen höchst unterschiedlichen Ereignissen,
16 welchen an diesem Tag gedenkt werden soll, wird der schwierigen deutschen
17 Vergangenheit, gerade in Bezug auf das Nationalbewusstsein, Rechnung getragen. Die
18 Zusammenfassung der Ereignisse zu einem Feiertag führt unweigerlich zu einer deutlich
19 differenzierteren Betrachtungsweise der deutschen Geschichte und beugt auch einer
20 potenziellen Glorifizierung als „Tag der nationalen Einheit“ vor.

21

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Teen Courts für NRW!**
2 **Für eine individuelle Behandlung von jugendlichen**
3 **Ersttättern!**

4 Die Jungen Liberalen Bezirk Düsseldorf fordern, die Prüfung und Förderung einer
5 flächendeckenden Ausweitung von Kriminalpädagogischen Jugendprojekten (KPJ) in
6 Nordrhein-Westfalen.

7 Kriminalpädagogische Jugendprojekte, auch „Teen-Courts“ genannt, sind eine
8 erfolgsversprechende Methode, um jugendliche Ersttäter altersgerecht zu behandeln und zu
9 verurteilen. Teen Courts bearbeiten Fälle, in denen junge Täter verurteilt werden sollen. Die
10 Zusammensetzung des Projektteams erfolgt ausschließlich durch ehrenamtlich engagierte
11 Jugendliche, die in einem Dreier-Gremium mit dem gleichaltrigen Ersttäter über die Motive
12 der Tat und die Tat selbst, sprechen. Folglich soll dann ein angemessenes Urteil, unter
13 Einbeziehung der Lebenssituation des Täters, gefällt werden. Voraussetzung ist, dass die
14 Delinquenten mit der Behandlung des Falls durch Altersgenossen einverstanden sind. Der
15 Sachverhalt muss geklärt sein und der Täter gestanden haben.

16 Der Erfolg von Teen Courts zeigt sich im Hinblick auf die Senkung der Rückfallquoten von
17 Jugendlichen in den Bereichen Diebstahl, Körperverletzung, Bedrohung und
18 Sachbeschädigung.

19 In Nordrhein-Westfalen werden Teen Courts bisher nur in zwei Städten (Recklinghausen und
20 Siegen) eingesetzt. Als bevölkerungsreichstes Bundesland könnte NRW ein wichtiges
21 Zeichen im Kampf gegen Jugendkriminalität setzen, in dem es landesweit Teen Courts
22 einrichtet. Das Engagement motivierter Jugendlicher kann durch diese Projektarbeit dazu
23 beitragen, das chronisch-überlastete Justizwesen der Bundesländer zu entlasten. Dieses hat

24 nicht nur positive Auswirkungen im Hinblick auf die Reduzierung der dortigen Straftaten,
25 sondern fördert darüber hinaus auch den kulturellen Dialog zwischen Jugendlichen
26 unterschiedlicher soziokultureller Milieus, durch eine ausgewogene Besetzung der
27 Projektteams.

28

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Streikgeld besteuern!**

2 Die Jungen Liberalen Bezirksverband Düsseldorf fordern, ausgezahlte Streikgelder
3 gleichermaßen wie den Lohn zu besteuern.

4 Streikgeld, ein den Lohn ersetzendes Entschädigungsgeld, das Gewerkschaften während
5 eines Streiks zahlen, gehört nicht zum steuerpflichtigen Arbeitslohn. Es ist laut aktuellem
6 deutschen Steuerrecht vollkommen steuerfrei und wird auch nicht im Progressionsvorbehalt
7 erfasst. Aus diesem Grund muss es nicht in der Einkommensteuererklärung angegeben
8 werden.

9 Diese Bevorteilung von Streikenden ist nicht begründbar, denn das Streikgeld ist eindeutig
10 dazu bestimmt, den Streikenden ihre fehlenden Löhne zu ersetzen, um sie so vom
11 Streikbruch abzuhalten. Diese Bevorteilung von Streikenden führt zu falschen Anreizen, die
12 der Prosperität unseres Landes zuwider läuft. Es ist daher essentiell, um den Rahmen
13 unserer Sozialen Marktwirtschaft zu wahren, diese Lücke im Steuerrecht zu schließen.

14 Daher fordern wir:

15 Das Einkommensteuergesetz muss ergänzt werden, sodass klargestellt wird, dass
16 Streikgelder steuerpflichtig sind.

17

Junge Liberale BV Düsseldorf

Antrag 104

Bezirkskongress am 08.08.2015 in Kaarst

Angenommen: Ja / Nein

Verwiesen an: _____

Antragsteller: KV Mettmann

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Ablehnung des Tarifeinheitsgesetzes**

2 Der Bezirksverband der Jungen Liberalen Düsseldorf sieht es mit Sorge, dass mit dem von
3 der Bundesregierung kürzlich verabschiedeten Tarifeinheitsgesetz die Rechte freier
4 Spartengewerkschaften massiv eingeschränkt werden. Es führt unweigerlich zu einer
5 Stärkung der zentralistischen Einheitsgewerkschaften, welche politisch leichter zu steuern
6 sind. Zudem ist die Einschränkung und Zentralisierung von Arbeitnehmerrechten eine
7 unverhältnismäßige Maßnahme, welche den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft
8 zuwider läuft.

9

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Wider den billigen Populismus! - Erfolgreiche Unternehmen**
2 **nicht zerschlagen**

3 Der Bezirksverband der Jungen Liberalen Düsseldorf stellt fest, dass

- 4 1. der im Hinblick auf die aktuelle TTIP-Diskussion entstandenen, feindlichen Stimmung
5 gegen angelsächsische Unternehmen durch eine sachliche, faktenbasierte
6 Betrachtungsweise entgegenzuwirken ist. Normative Aussagen ohne analytische
7 Unterfütterung sind nicht zielführend. Durch die unsachliche Betrachtungsweise angeblicher
8 Monopole entsteht eine Stigmatisierung des Begriffs, welche allein der Diskreditierung der
9 freien Marktwirtschaft dienen soll. In diesem Licht erscheinen die Vorwürfe, welche auch
10 fraktionsübergreifend im Europäischen Parlament laut wurden, in der aktuellen Debatte als
11 haltlos.
- 12 2. es im Allgemeinen eine differenzierte Betrachtung von Monopolen und Scheinmonopolen
13 geben muss. Gerade am internationalen, digitalen Dienstleistungsmarkt wird staatlicher
14 Interventionismus häufig mit der Nebelkerze des Verbraucherschutzes gerechtfertigt, obwohl
15 eine für den Wettbewerbserhalt ausreichende Zahl von Teilnehmern am Markt vorhanden ist.
- 16 3. es deutlich wichtiger ist, die bestehenden staatlichen Monopole aufzulösen, statt
17 privatwirtschaftliche Unternehmen zu zerschlagen. Hierbei muss gewährleistet sein, dass es
18 sich nicht um eine rein juristische Privatisierung wie bei der Deutschen Bahn handelt,
19 sondern dass der Staat jede unternehmerische Tätigkeit am Markt auf den Prüfstand stellt
20 und privatisierte Unternehmen entsprechend veräußert.
- 21 4. es anstelle der Zerschlagung gerade von international am digitalen Dienstleistungsmarkt
22 tätigen Unternehmen deutlich zielführender und dem Problem entsprechender wäre, wenn
23 das europäische und nationale Datenschutzrecht konsequent durchgesetzt werden würde.

24 Damit bestünde für am Markt erfolgreiche Unternehmen nicht mehr die Gefahr zerschlagen
25 zu werden, ebenso für den Verbraucher die Sicherheit, dass mit seinen Daten
26 verantwortungsbewusst umgegangen wird und somit für alle Marktteilnehmer
27 Rechtssicherheit.

28

Junge Liberale BV Düsseldorf

Antrag 106

Bezirkskongress am 08.08.2015 in Kaarst

Angenommen: Ja / Nein

Verwiesen an: _____

Antragsteller: KV Mettmann

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Ehrenbriefmarke für Hans-Dietrich Genscher**

2 Der Bezirksverband der Jungen Liberalen Düsseldorf erwartet die Verewigung des
3 Lebenswerks von Hans-Dietrich Genscher in Form einer Ehrenbriefmarke.

4 Begründung:

5 Genscher steht stellvertretend für: „Das Deutschland dem die Welt vertraut“.

6

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Preiswerter Wohnraum jetzt – staatliche Wucher stoppen**

2 Die Jungen Liberalen unterstützen das Ziel, mehr preisgünstige Wohnungen in Nordrhein-
3 Westfalen zu schaffen. Für dieses Ziel sehen wir aktuell einen großen politischen Konsens.
4 Leider folgen den Worten der rot-grünen Landesregierung gegenteilige Taten. Statt die
5 Kosten für Wohnungsneubauten zu senken, treiben immer absurdere staatliche
6 Anforderungen und hohe Steuern sie gerade in die Höhe. Durch politische Maßnahmen sind
7 die Baukosten in den letzten Jahren enorm angestiegen, so dass bezahlbarer Wohnraum
8 kaum noch herzustellen ist. Auch die sogenannte Mietpreisbremse erschüttert das Vertrauen
9 der Wohnungsbesitzer in ihr Eigentum und gefährdet damit weitere Investitionen. Die JuLis
10 fordern eine echte Mietpreisbremse, die den Staat in seinem stetigen Verteuern der
11 Baukosten ausbremst.

12 Uns ist bewusst, dass Qualitätsstandards gelten müssen. Doch überschreiten die Ansprüche
13 und die ordnungsrechtlichen Anforderungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene die
14 wirtschaftliche Darstellbarkeit preisgünstigen Wohnraums. Der Staat muss seine Eingriffe auf
15 das notwendige Maß reduzieren, damit ein Preis von unter 10 Euro pro Quadratmeter
16 Kaltmiete im Neubau realisierbar wird.

17 **Überprüfung aller kostentreibenden Verordnungen und Regularien**

18 Die Jungen Liberalen setzen sich dafür ein, dass die Anforderungen an die Energieeffizienz,
19 die Barrierefreiheit, an Standsicherheit, den Brand- und Schallschutz sowie die Schnee-,
20 Sturm- und Erdbebensicherheit auf ihre wirtschaftliche Umsetzbarkeit überprüft werden. Im
21 Fall einer zu hohen finanziellen Belastung für Bauherren und Bauträger müssen sie nach
22 unten korrigiert oder abgeschafft werden. Ohne weitere Prüfung abgeschafft werden sollen
23 die Anforderungen an Stellplätze für Autos und Fahrräder sowie Dach- und

24 Fassadenbegrünung. Auch die Dichtheitsprüfungspflicht sowie die Pflicht zum Einbau von
25 Rauchmeldern in Privathaushalten und die Pflicht auf Legionellentests sollen entfallen.

26 **Energiesparverordnung komplett umgestalten**

27 Auf eine weitere Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) muss unbedingt
28 verzichtet werden. Die bisherigen vier Erweiterungen der Verordnungen haben die
29 Baukosten um ca. 6,5% und damit stärker als jede privatwirtschaftliche Entwicklung
30 ansteigen lassen. Die EnEV widerspricht schon jetzt dem in § 5 des
31 Energieeinsparungsgesetzes (EnEG) geregelten Wirtschaftlichkeitsgebot. Deshalb gehört
32 die EnEV komplett umgearbeitet. Vertreter von Politik, Energiewirtschaft und Baugewerbe
33 sollen gemeinschaftlich ein umsetzbareres Konzept entwickeln. Eine Standardsenkung ist
34 dabei, auch im europäischen Vergleich, problemlos machbar.

35 **Mietpreisbremse in NRW wieder abschaffen**

36 NRW muss unbedingt die Umsetzung der Mietpreisbegrenzung zurücknehmen. Dieses
37 Gesetz ist ein immenser Eingriff in den Markt, dessen Folgen nicht in Gänze abzusehen
38 sind. Die Verordnung schafft keinen neuen Wohnraum. Sogar das Gegenteil ist der Fall, die
39 Verordnung verhindert die Entstehung neuen Wohnraums. Die für die Immobilienwirtschaft
40 notwendigen Kleininvestoren ziehen sich schon jetzt zurück. Die Landesregierung muss
41 daher auf die Ausweisung von Gebieten verzichten, in denen die Mietpreisbremse gelten
42 soll.

43 **Grunderwerbssteuer wieder senken und langfristig abschaffen**

44 Ein weitere kostentreibender Faktor im Bau sind Steuerabgaben. Bei der Verteilung der
45 Gesamtkosten einer Wohnung zeigt sich, dass 17 % der Gesamtkosten direkte Steuern sind.
46 Die mittlerweile auf 6,5% erhöhte Grunderwerbssteuer gehört muss umgehend wieder
47 gesenkt werden. Langfristig soll sie für den Erwerb bereits erschlossener Grundstücke
48 komplett entfallen und so einen steuernden Effekt zum Flächenrecycling entfalten.

49

Junge Liberale BV Düsseldorf

Antrag 108

Bezirkskongress am 08.08.2015 in Kaarst

Angenommen: Ja / Nein

Verwiesen an: _____

Antragsteller: KV Düsseldorf

Der Bezirkskongress möge beschließen:

1 **Bürgerrechte schützen-**
2 **Schulterkameras kritisch hinterfragen**

3 Wir lehnen den Einsatz von Schulterkameras (Bodycams etc.) im Polizeidienst entschieden
4 ab, solange keine qualitativen Erkenntnisse über deren Nutzen vorliegen.

5 Begründung:

6 Die CDU Fraktion hat im Juni 2014 einen Antrag in den Landtag eingebracht, der zwar
7 zunächst von der rot-grünen Landesregierung abgelehnt wurde, aber sich weiter in einem
8 Prüfstadium befindet.

9 Die FDP sollte hier ein klares Zeichen setzen, dass aus datenschutzrechtlichen Gründen der
10 Einsatz von Schulterkameras als fragwürdig eingestuft wird. Bisläng liegen noch keine
11 genaueren Erkenntnisse vor, wie sich das Verhalten von Schulterkameras auf die
12 Gewaltprävention konkret auswirkt und wie gleichzeitig Datenschutzstandards verletzt
13 werden. Solange keine Langzeitstudien ergeben, dass diese einen höheren Nutzen als eine
14 Datenschutzverletzung zur Folge haben, muss die FDP NRW im Landtag weiter ein starkes
15 Signal für den Datenschutz als unmittelbares Bürgerrecht setzen.